Montags-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag und jeden 14tägig Donnerstags „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden 14tägig Donnerstags „Haus Hof Garten", jeden Freitag „Blätter ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vom 1. April d. J. ab monatl. 7.— M. einschl. Zustellungsgebühr, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatl. 7.50 M. bei täglich zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das In- und Ausland 12 M. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Berlin u. Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 12967—14200), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigenpreis: Zeile M. 2.— u. 60% % Zuschl. Stellen-Gesuche M. 2.50 und 10% Zuschl. die Zeile. Auslandsinserate 300% Zuschl. Inseraten- u. Abonn.-Annahme in Gr.-Berlin: Hauptgeschäftsstelle SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipz. Str. 108; Potsd. Str. 38; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenth. Str. 40; Schönh. Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Str. 67/68; Kaiserhofer Str. 8; Zurnstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 846; Mückenstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharnhorststraße 39; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hertzlettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichtenfelde-West: Carlstraße 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 89/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bernhalm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 28/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 111 • Ausgabe A Nr. 61 **und Handels-Zeitung** Montag, 1. März 1920

Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 111 — 49. Jahrgang

Preußische Staatsbibliothek Berlin

T. W. Die Göttin der Tugend erleidet ein doppeltes Weh. Sie blickt strafend auf Erzberger, und ihr ist speiübel, weil jetzt Helfferich ihr Repräsentant auf Erden ist. „Wenn Erzberger", wurde hier vor einer Woche gesagt, „in seinem Appetit und in einem Drange nach stiller Teilnahme gesündigt hat, dann mache man mit ihm Schluß!" Da wir nun beim Schlusse angelangt sind, entsteht die Frage, durch wen der Scheidende ersetzt werden soll. Es entsteht auch die Frage, ob man nicht die Gelegenheit benutzen müsse, um der Regierung durch eine etwas gründlichere Umbildung mehr Leistungsfähigkeit, stärkeren Glanz und Anziehungskraft zu verleihen. Eine solche Erneuerung wäre sehr wünschenswert. Es wurde hier schon einige Male die Frage vertreten, daß in einer Zeit wie der gegenwärtigen ein Arbeitsministerium — um das zweideutige Wort „Geschäftsministerium" zu vermeiden — unter politischer Führung vorteilhaft sei. Die drei Koalitionsparteien müßten sich mit der Leitung und den politischen Aemtern begnügen und die klügsten und tatkräftigsten unter den demokratisch denkenden nichtparlamentarischen Fachmännern mit ans Steuer stellen. Auf der Liste der Kandidaten, die für geeignet gehalten werden, die Erbschaft Erzbergers zu übernehmen, steht, wie es scheint, der Unterstaatssekretär Moesle obenan. Herr Moesle war in der württembergischen Steuerverwaltung beschäftigt, ist ein eifriger Zentrumsanhänger und hat es, durch den Einfluß Erzbergers und gewiß auch durch eigenen Fleiß, schnell zum Unterstaatssekretär gebracht. Er besorgte bei Erzbergers Steuerplänen das Technische und war vielleicht manchmal auch der anregende Geist. Seine ganze Laufbahn hat ihn gewissermaßen für diese Art der Beschäftigung gedrillt. Heute ist die Erzbergersche Steuergesetzgebung eine vollendete Tatsache, und man muß sie hinnehmen, wie man darüber auch denken mag. Für einen Steuertechniker bleibt im Reichsfinanzministerium nichts mehr, oder doch nichts Hervorragendes mehr, zu tun. Jetzt treten ganz andere Aufgaben an den Reichsfinanzminister heran. Jetzt muß er die dunklen Valutaprobleme, die Frage der internationalen Kredite, die Fragen des Weltverkehrs zu bewältigen versuchen, und das lernt man nicht in einem Steuerbureau. Jetzt brauchen wir im Reichsfinanzministerium und im Reichsschatzministerium Männer, die mit den Fäden und Linien der Weltwirtschaft vertraut sind, internationale Umgangsformen kennen, und deren Name auf den Märkten des Auslandes Vertrauen erweckt. Auch der ehemalige Reichsschatzsekretär Graf Roedern, den einige empfehlen, wäre nicht der Gesuchte, denn obgleich er sich mit klarem Blick in die demokratische Gegenwart hineinfindet, haftet ihm zuviel von der Vergangenheit an. Die Sozialdemokratie will einen Mann, der ihr die Durchführung der Erzbergerschen Steuerpolitik verbürgt? Aber wenn vor dem fertigen, abgeschlossenen Werke wirklich eine Schildwache nötig sein sollte, so genügt dazu ein Unterstaatssekretär. Das Zentrum wünscht auf dem Platze, den Erzberger verlassen muß, wieder einen seiner Parteifreunde zu sehen? Es kann nicht verkennen, daß es für die Machtstellung der Koalitionsparteien gleichgültig ist, woher das Licht zusammenströmt.

Aber wenn die Koalitionsparteien klug und weitsehend sich entschließen sollten, auf Einzelfreuden zu verzichten, Fraktionsgenossen zu opfern und Nichtparlamentarier in die Fachministerien zu setzen, so könnte es auch diesmal leicht wieder gehen, wie es schon bei anderen Gelegenheiten gegangen ist. Das Bürgertum ruft nach „Kapazitäten" und „Männern der Praxis", beklagt sich über Unkenntnis und Dilettantismus, und wenn dann wirklich die Kapazitäten ersucht werden, ein Amt zu übernehmen, dann drücken sie sich. Man braucht nicht von denen zu sprechen, die mit feistem Hochmut erklären, in eine Regierung, in der die Sozialdemokraten sitzen, träten sie nicht ein. Menschen, die mit solcher Gesinnung behaftet sind und in Bornriertheit oder Heuchelei nicht zugeben wollen, daß Deutschland heute nur im Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie wieder hochgebracht werden kann, gehören natürlich nicht in ein Regierungsamt. Aber man muß sich gegen diejenigen wenden, die sich darauf berufen, sie müßten sich ihren eigenen Angelegenheiten widmen und hätten für die Staatsgeschäfte keine Zeit. Kann das einzelne Unternehmen aufblühen, wenn der Staat verdorrt? Nur die Schieber brauchen nicht das Wohl der Gesamtheit, sondern profitieren von Not und Zerfahrenheit. Die Soliden und Anständigen können eine Atmosphäre der Sicherheit nicht entbehren, und wer von ihnen mithilft, hilft auch sich selbst. Jeder, der nach ehrlicher Selbstprüfung und nach Prüfung der ganzen Situation sich sagen muß, daß er nützen könnte, hat die Pflicht, dem Rufe zu folgen, der an ihn ergeht. Wie Hunderttausende sind in den Schützengräben verblutet, und Herr X und Herr Y weigern sich, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken, weil sie ihr Kontor nicht verlassen wollen oder weil sie die Verantwortung scheuen? Dann blieben für die Bewältigung mancher großen Aufgabe neben Bureaukraten oder Durchschnittspolitikern nur Leute, die lebensfroh nach allen Früchten greifen, und andere, die zu dem eifrig gefüllten Geldsack auch Macht und Aemter erstreben und ruhelos von neidischem Ehrgeiz gestachelt sind. So sahen wir den gewiß nicht zu unterschätzenden Erzberger, und so erlebten wir Helfferich.

Während wir uns mit diesen beiden beschäftigen müssen, geht in der Welt draußen allerlei vor. Wilson erklärt in seiner Adrianote den Alliierten, daß ihre für Italien günstigen, für die Jugoslawen ungünstigen Beschlüsse „im völligen Widerspruch zu den Prinzipien, für die Amerika in den Krieg eintrat", standen, und er droht mit der Kündigung des Defensivvertrages, den er, ohne Zustimmung der amerikanischen Nation, in Paris mit den Franzosen abgeschlossen hat. England will mit der russischen Sowjetregierung Frieden machen, sucht wirtschaftliche Verbindung mit Rußland und lehnt nur noch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen ab. Gleichzeitig verweigert man in London der nationalistischen Politik Frankreichs, und besonders den Rheinlandplänen, immer entschiedener jede Unterstützung, und man hat das offenbar auch Herrn Millerand bei seinem letzten Besuche fühlbar gemacht. „England", berichtet der „Matin"-Redakteur Sauerwein aus London, „hat seit einigen Monaten seine Insulanermentalität wiedererlangt. Es sieht in Deutschland nicht mehr eine Gefahr. Seine Industriellen und Kaufleute wünschen nur noch, mit Deutschland wie mit Rußland wieder zu einem ausgiebigen Verkehr zu gelangen. England findet auch, Frankreich tue für die eigene Wiedergesundung nicht genug." Herr Sauerwein zählt die Wünsche auf, mit denen Millerand nach London gegangen sei. „Eine genau geregelte militärische Allianz" — „finanziellen und wirtschaftlichen Beistand" — „die Erlaubnis, den Rhein so lange besetzt zu halten, als es notwendig wäre, und Zustimmung zur Ausdehnung dieser Besetzung auf das Ruhrgebiet." Diesen drei Wünschen gegenüber verhalte sich England äußerst kühl. Einen Allianzvertrag verwerfe man unter Hinweis auf die englischen Traditionen, und das Gesuch um wirtschaftliche Hilfe unter Hinweis auf die schlechte französische Finanzpolitik. „Unser Verlangen nach ergänzenden Garantien am Rheine, das bei der letzten Reise Millerands kaum berührt wurde, klingt den englischen Ohren gleichfalls sehr unangenehm." Man sage, bei einer ausgedehnten und verlängerten Besetzung würde zwischen Frankreich und Deutschland, und in ganz Europa, ewige Unruhe bestehen. Das alles ist sehr interessant. Die Haltung der britischen Regierung gegenüber Deutschland und gegenüber Rußland wird natürlich ganz besonders durch die Tatsache beeinflußt, daß in England die Demokratie täglich mehr politischen Einfluß gewinnt. Immer mehr bildet das für uns so erfreuliche Wort „Revision" sich zu einem Programmworte aus. Dieser Stimmungsumschwung wird auch über kurz oder lang Frankreich zu der Einsicht führen, daß es mit einer von Haß und Furcht diktierten Politik in eine bedenkliche Isolierung hineingerät. Die Welt, die der Versailler Vertrag in eine feste Form fügen sollte, ist recht bewegt. Wir können in der Regierung gar nicht genug Männer haben, die zwischen allem, was da durcheinanderwogt, mit sicherem Blick allmählich die richtigen Fahrstraßen zu finden verstehen.

Die Deutschnationalen möchten gern den Eindruck erwecken, als habe Erzberger — den wir ohne Milde bekämpft haben — die Republik kompromittiert. Kindisches Geschwätz! Ewig kompromittiert bleibt nur das alte Regime, wo die Helfferiche duldsam schwiegend der Korruption zusahen, die Durchstecherei sich zu einer Kriegsbeschäftigung ausbildete, der deutschnationalen Schwerindustrie die Millionen in den Schoß geworfen wurden, die Gnadenbezeugungen der Majestät einem Schacher dienten, wie nur je in einem Byzanz. Schlimmer aber noch als dieser Niedergang der Sitten, der von dem deutschnationalen Pharisäertum mitgemacht oder ehrerbietig beschönigt wurde, ist die geistige Unmoral. Die Gefolgschaft des Herrn Helfferich wird auch im Wahlkampfe gewiß wieder erklären, nur sie könne Deutschland aufwärts führen, nur sie könne aus den Ruinen — die sie geschaffen hat — neues Leben erwecken, und nur sie besitze die „nationale Zuverlässigkeit". Wir werden dem Volke dann eben zeigen müssen, daß diese Leute nur jeden Aufstieg verhindern können, daß sie das wissen, und daß sie, die „national Zuverlässigen", trotzdem nicht mit patriotischer Selbstlosigkeit im Hintergrunde bleiben wollen. Wir werden zeigen, daß jeder Erfolg der Deutschnationalen zu neuen inneren Unruhen, Streik und wirtschaftlicher Schwächung führen müßte, und werden die Wähler fragen: ist es das, was ihr erstrebt? Wir werden zeigen, daß die Möglichkeiten für eine Revision des schändlichen Versailler Vertrages, die aus den Erfolgen der Demokratie in den Ententeländern sich ergeben könnten, durch einen Erfolg der Reaktion in Deutschland sofort vernichtet werden würden und wir werden die Wähler fragen: ja oder nein, wünscht ihr die Revision? Es ist doch wahrscheinlich, daß die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes intelligent genug sein wird, um dem deutschnationalen Feuerwerk die Wiederkräftigung Deutschlands vorzuziehen. Es ist doch auch wahrscheinlich, daß diese ungeheure Mehrheit die innere Unmoral einer Partei, deren Geschäft heute nur auf Kosten Deutschlands florieren könnte, richtig beurteilen wird. Daß die immerhin kleineren Flecken, die [illegible] aus dem Erzberger-Prozeß ergeben haben und die sich im Laufe der Zeit noch ergeben könnten, nicht sanft beurteilt werden sollen, bleibt eine Selbstverständlichkeit. Denn die Republik soll nicht die Nachsicht üben, die unter dem Kaiserreiche in den Glanztagen des Herrn Helfferich üblich war. Darum wartet heute der bekannte Fährmann mit dem schwarzen Nachen auf den Minister, dessen rosiges Gesicht sich solcher Fahrt noch nicht anpassen will. Im Nekrolog braucht man diesen rosigen Teint nicht unsympathischer als die Entrüstungsröte zu finden, mit der Herr Helfferich je nach Bedarf sein Antlitz schminkt.

Erzberger und das Zentrum.

Besprechung des Ausschusses der Mehrheitsparteien.

Die Vorstände der Zentrumspartei des Reiches und der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung haben gelegentlich ihrer Tagung vom 28. Februar die Angelegenheit des Reichsfinanzministers Erzberger erörtert. Die endgültige Stellungnahme wurde, wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Reichsparteitages des Zentrums vom 22. Januar vorbehalten, bis die tatsächlichen Feststellungen des Urteils in der schwebenden Strafsache gegen Helfferich und die Ergebnisse des Verfahrens vor der Steuerbehörde gegen Erzberger vorliegen werden.

Dieser Standpunkt des Parteivorstandes und der Fraktion der Nationalversammlung wurde in einer Besprechung des Ausschusses der Mehrheitsparteien, die gestern im Reichstage stattfand, als richtig anerkannt.

*

Für die Deutsch-demokratische Partei gilt der Rücktritt des Ministers Erzberger als sicher, wie in diesen Spalten gestern von demokratischen Abgeordneten dargelegt wurde. In der Durchsetzung dieses Standpunktes ist die Partei an einer Verständigung mit den anderen Koalitionsparteien gebunden. Nachdem das Zentrum die endgültige Entscheidung von dem Ergebnis des schwebenden Verfahrens abhängig gemacht hat, konnten die beiden anderen Koalitionsparteien sich diesem Wunsche nicht entziehen.

*

Unter der Ueberschrift „Krisenlärm" sagt, an der Spitze seiner gestrigen Nummer, der „Vorwärts":

„Ein Teil der Presse ist voll von Krisengerüchten. Nicht nur wird dem einen oder dem anderen Minister die nahe Sterbestunde vorausgesagt, man sieht schon das ganze bisherige Regierungssystem zusammenbrechen und ergeht sich je nach Laune und politischer Stellung in teils heiteren, teils düsteren Prophezeiungen seines unmittelbar bevorstehenden Endes. Merkwürdig ist nur, daß niemand zu sagen weiß, was dann werden soll. Kennzeichnend für diese Verirrung ist eine Auslassung der „Freiheit", in der gesagt wird, eigentlich müßte jetzt entweder die nationalistische Reaktion oder die revolutionäre Arbeiterschaft die Hand ans Staatsschiff legen. Aber die Reaktion würde Deutschland nur noch tiefer in den Sumpf hineinreißen, die „revolutionäre Arbeiterschaft" besitze aber — natürlich durch Schuld der Rechtssozialisten — „zurzeit nicht die technische Möglichkeit, eine Regierung in ihrem Sinne aufzubauen." Läßt man die unvermeidliche Redensart von der Schuld der Rechtssozialisten beiseite, so muß man die hier gegebene Darstellung der Sachlage ganz richtig finden. Aus ihr folgt aber mit unentrinnbarer Logik, daß heutzutage eine andere Regierung als die der Koalition in Deutschland überhaupt nicht möglich ist. Die Koalition ist kein Ideal, aber sie müßte geschaffen werden, wenn sie nicht bestünde, und ginge sie heute aus dem Leim, so müßte man sie morgen wieder zusammenflicken, damit Deutschland nicht aus dem Leim geht. Es kann Schwankungen, Erschütterungen, Personenwechsel im einzelnen geben, aber da die Extreme nicht regierungsfähig sind, bleibt die gemeinsame Regierung der Mittelparteien die einzige Möglichkeit. Wer sie zu sprengen versucht, ohne etwas Besseres an ihre Stelle setzen zu können, leistet dem Volk einen schlechten Dienst. Als einen gefährlichen Sprengungsversuch muß man es aber betrachten, wenn versucht wird, die Erzberger-Affäre zu einer Revision der Steuergesetzgebung in kapitalfreundlichem Sinne auszunutzen. Die Sozialdemokratie würde sich einer solchen Zurückrevidierung bis zum Aeußersten widersetzen müssen, und schließlich könnte sich eine Lage ergeben, in der sie genötigt wäre, die Verantwortung für die Konsequenzen andern zu überlassen. Das ist, soweit wir sehen, die einzige Krisengefahr, die möglicherweise reale Existenz gewinnen könnte, es dürfte aber genügen, sie rechtzeitig zu erkennen, um sie zu bannen."

Die „Probefälle" vor dem Reichsgericht.

Paris, 28. Februar. (W. T. B.)

Das Reutersche Bureau meldet: Die Alliierten haben zugestimmt, daß einem deutschen Gerichtshof gestattet wird, eine Anzahl ausgewählter Kriegsverbrecher als Probefälle abzuurteilen. Es wurde beschlossen, Deutschland eine **Liste von 46 Namen zu übermitteln.** Wenn die Probeverfahren in gehöriger Weise durchgeführt werden, so wird die Liste der 800 Kriegsverbrecher möglicherweise drastisch vermindert werden.

Die Botschafterkonferenz beschloß gestern, den deutschen Schiffen das Anlaufen der türkischen Häfen